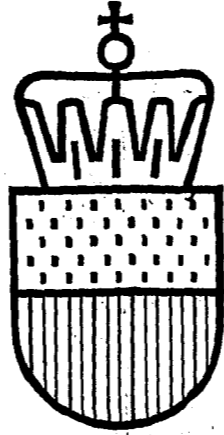


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—; halbjährlich Fr. 11.50; vierteljährlich Fr. 6.—. Ausland jährlich Fr. 42.—; halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 12 Rp. 30 Rp.
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — 9490 Vaduz, Samstag, 4. Juni 1966

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

100. Jahrgang — Nr. 81

Wirtschaft und ökonomische Unvernunft

Eine Betrachtung zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage in Europa von Dr. Herbert Kleinschmidt, Vaduz

Aller Augen, die mit Schifffahrt und Ueberseeverkehr zu tun haben, waren in den vergangenen Tagen auf Grossbritannien gerichtet, wo in der Nacht zum 16. Mai die Matrosen der Handelsmarine in den Streik getreten sind. Er bedroht das Land mit einer wirtschaftlichen Lähmung, die es seit dem Generalstreik von 1926 nicht mehr erlebt hat. Bei der Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Regierung sowie den Reedern andererseits geht es um die Einführung der 40-Stundenwoche und um eine 17prozentige Lohnerhöhung. Sie ist etwa fünfmal so gross wie das Mass, das der zuständige Minister im Zuge der Einkommenspolitik für volkswirtschaftlich tragbar hält. Da aber eine partielle Berechtigung der Forderungen der Seeleute von den Sozialpartnern nicht bestritten wurde, erklärten sie sich zu einer sofortigen Lohnzulage von 5 Prozent und zu zwei weiteren von je 4 Prozent in den beiden folgenden Jahren bereit. Der militante linke Gewerkschaftsflügel lehnte das Angebot jedoch so kategorisch ab, dass selbst die Vermittlungsbemühungen von Premierminister Wilson erfolglos blieben.

Von der Arbeitsniederlegung wurden schon am ersten Tag 123 Schiffe mit rund 6500 Besatzungsangehörigen betroffen, die entweder nicht mehr ausfahren konnten oder in ihren Bestimmungshafen einliefern und dem Ausstandsbeehl Folge leisten mussten. Zu Beginn der zweiten Woche waren es bereits 500 Schiffe mit über 350 000 Tonnen Tragfähigkeit, darunter der grösste Passagierdampfer, die «Queen Elizabeth». Nachdem täglich etwa 30 bis 40 Hochseeschiffe zurückkehren, hat sich inzwischen die Zahl der stillgelegten Fahrzeuge und der Streikenden — die Handelsmarine zählt insgesamt ca. 62 000 Mann — weiter beträchtlich erhöht.

Die Verluste, die die britischen Reeder erleiden, sind bereits recht erheblich, während ausländische Linienschiffe, die in wachsendem Umfang für Transporte herangezogen werden, von dem Streik profitieren. Die «Cunard Line» berechnet beispielsweise ihren täglichen Schaden auf mehrere tausend Pfund Sterling. Noch schwerer als die privatwirtschaft-

lichen wiegen die volkswirtschaftlichen Verluste. Da die Exporte normalerweise zu 55 Prozent unter britischer Flagge durchgeführt werden, droht eine Halbierung der Ausfuhr, falls es nicht gelingt, auf genügend fremde Tonnage zurückzugreifen. Dabei ist es ungewiss wie lange die Schauerleute ausländische Ersatzverlader britischer Güter noch bedienen. Besonders besorgt sind die Automobilfabriken und die Walzwerke, die ihre Erzeugnisse nach fernen Märkten fast ausschliesslich auf englischen Frachtern transportieren. Wenn der Ausstand länger als drei Wochen dauert, fürchten sie, die Produktion drosseln zu müssen. Bereits sind Exportwaren im Werte von ungefähr 500 Millionen Pfund Sterling blockiert. Zur Abwendung weiterer Schäden, und um die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen, hat Wilson durch ein Dekret der Königin letzten Montag den nationalen Notstand verkünden lassen, der das Kabinett zu ausserordentlichen Massnahmen ermächtigt. Damit ist die Labour-Regierung in eine geradezu groteske Position versetzt worden, weil sie nun gezwungen ist, gegen ihre eigenen Parteifreunde aufzutreten. Andererseits kann sie vor den Forderungen der Streikenden nicht kapitulieren, da ihr Nachgeben eine Welle von Lohnerhöhungen nach sich zöge, die alle Stabilisierungsabsichten zunichte machen und der Inflation Tür und Tor öffnen würde.

Das englische Pfund reagierte auf den Streik zunächst mit einer scharfen Baisse, die die Notierung gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit der Sterlingkrise im September vorigen Jahres drückte. Dank Intervention der Notenbank erholte sich der Kurs jedoch rasch wieder und die Baisiers deckten sich schleunigst ein. Der Aktienmarkt wurde dagegen von der Aktion kaum berührt und vermochte sich gut zu behaupten. Obwohl sich, wie aus London zu hören ist, Regierung, Reederverband und Gewerkschaften zu Verhandlungen bereit halten, ist im Augenblick eine Lösung des Lohnkampfes nicht abzusehen, zumal die Arbeitnehmerorganisation durch die Notstandserklärung verbitert ist.

Die Beilegung des Seeleustreiks ist nicht die einzige heikle Aufgabe, vor der sich Premier Wilson gestellt sieht; die andere hat er sich allerdings selbst erkoren. Sie gilt dem Anschluss seines Landes an die «Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — EWG». Schon vor geraumer Zeit hat er mehrere Studiengruppen eingesetzt, die die Auswirkungen eines möglichen Beitritts zur EWG auf sämtliche britische Wirtschaftszweige untersuchen sollen. Erst wenn ihre Expertisen vorliegen, will der Regierungschef seine Anschlusspläne offiziell bekanntgeben. Indessen weiss man, dass er längst diskrete Verhandlungskontakte mit Brüsseler Instanzen aufgenommen hat. Auch bei jeder anderen geeigneten Gelegenheit — in bilateralen Gesprächen und bei inoffiziellen Begegnungen mit Ministern der EWG und der «Kleinen Freihandelszone — EFTA» — versucht Wilson, die Bedingungen zu ergründen, unter denen sich England um einen Anschluss an die EWG bewerben könnte.

Auf diese neue Phase der britischen Europapolitik ging Wirtschaftsminister Brown ausführlich auf der 20. Tagung des EFTA-Ministerrates Mitte des Monats in Bergen ein, nachdem er bereits eine Woche zuvor auf dem Kongress der «Sozialistischen Internationale» in Stockholm eine umfassende Darstellung der englischen Europaposition gegeben hatte. Bei beiden Anlässen betonte er den festen Willen Grossbritanniens, dem Gemeinsamen Markt beizutreten, sofern die bekannten «wesentlichen Interessen» seines Lan-

des — im besonderen die Rücksichtnahme auf die Commonwealth-Mitglieder, die Wahrung der Position der EFTA-Partner und die ökonomische Sicherheit der britischen Landwirtschaft — von der EWG gewährleistet würden. Brown hielt die Erfüllung der Interessenwünsche heute nicht mehr für so schwierig, wie sie 1962 erschienen war, und äusserte in diesem Zusammenhang die Hoffnung, dass sich die EWG-Behörden bald zu Gesprächen mit den sieben EFTA-Ländern bereitfinden, obwohl deren vorjährige Initiative zu einer Kooperation bis dato nicht einmal beantwortet wurde. Seine Minister-Kollegen auf der Konferenz, die sich übrigens fast ausschliesslich mit Fragen der gesamteuropäischen Integration befasste, waren denn auch skeptischer eingestellt. Sie hielten einen baldigen Brückenschlag zwischen den beiden Wirtschaftsräumen, so wünschenswert er auch sei, für kaum wahrscheinlich, da seitens der EWG und namentlich seitens Frankreichs noch immer die gleichen politischen Hemmnisse bestehen, die schon seit Jahren eine kollektive Regelung verhindern.

Es steht ausser Frage, dass trotz allen guten Willens die EFTA-Staaten faktisch nichts für die beschleunigte Schaffung eines gesamteuropäischen freien Marktes tun können. Der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt einzig bei der EWG-Wirtschaftskommission und dem Ministerrat in Brüssel. Für beide Institutionen ist der Zusammenschluss der Wirtschaftsblöcke aber höchstens von sekundärer Bedeutung. Gegenwärtig interessiert er sie überhaupt nicht, da die politische Zielsetzung der Wirtschaftsintegration für sie allein entscheidend bleibt und die internen Krisenherde der EWG keineswegs beiseite gerückt sind. Täuschen wir uns nicht, der Kompromiss von Luxemburg im Januar dieses Jahres hat die Risse im Gebälk des Gemeinsamen Marktes nur überbrückt. Die tiefgreifenden Meinungsdivergenzen bestehen jedoch fort, und die in der zweiten Maiwoche von einer wenig kritischen Öffentlichkeit mit viel Beifall bedachten Beschlüsse über die Agrarfinanzierung beinhalten noch längst keine definitive Bereinigung der Finanzierungsfragen und auch keine abschliessende Regelung der Landwirtschaftspolitik, wie vielfach irrtümlich angenommen wurde. Die Beschlüsse haben nämlich lediglich den Charakter von Absichtserklärungen, auf die erst zurückzukommen ist, wenn die zahlreichen noch ausstehenden Marktordnungen verabschiedet und die gemeinsamen Preise für Milch, Rindfleisch, Reis, Zucker, Oelsaaten etc. festgelegt sind. Bis dahin liegen die Beschlüsse wieder einmal in der Schublade. Gleichzeitig wurden die endgültigen Termine für die Verwirklichung des zollfreien Warenverkehrs erheblich erstreckt, um Zeit für neue Auseinandersetzungen zu gewinnen.

Zum Schluss wollen wir uns noch einem anderen, sehr bedeutenden Europapark zuwenden, dessen akute Verfassung Sorge bereitet. Seit anderthalb Jahren ziehen die Zinssätze auf dem europäischen Kapitalmarkt, dem auch aus der deutschen Bundesrepublik und der Schweiz hohe Beträge zufließen, kontinuierlich — zuerst langsam, in jüngster Zeit rascher — an. Obwohl die allgemeinen Konditionen für die Geldgeber ständig verbessert wurden, ist es selbst für erste Adressen nicht mehr leicht, Anleihen zu platzieren. Der Markt ist überfordert und das Vertrauen der Anleger schwindet infolge der ständigen Kursrückgänge. Gegenwärtig schwimmen auf dem Euromarkt Schuldverschreibungen im Gegenwert von etwa 5 Milliarden Dollar. Davon wurden 1964 rund 800 Millionen und 1965 weit über 1000 Millionen Dollar, einzelne Experten schätzen die Summe

Ein Aufruf des LRK

Patenschaften für Griechenland

Wir erhalten von unserer Vertrauensstelle in Griechenland einen kurzen Bericht, unter anderem: «Der Jahre dauernde Bürgerkrieg häufte noch die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene Not. Besonders in Nordgriechenland lebte die Bevölkerung unter erbärmlichen Bedingungen und die Tuberkulose verbreitete sich in erschreckendem Masse».

Unsere erste Aufgabe bestand in der Betreuung der Kranken, vor allem der Kinder, die in Kurheimen untergebracht wurden, und in der Verbesserung der Wohnverhältnisse. Es war uns möglich, bisher 1350 Wohnungen instand zu stellen. Unsere Hilfe ist aber vielseitig und wird jeweils auf die dringendsten Bedürfnisse ausgerichtet. Sie kommt Familien, Kindern und Greisen zugute. In den abgeschlossenen und armen Gegenden Mazedoniens und des Epirus, wo das liechtensteinische Rote Kreuz Patenschaften übernommen hat, herrscht nach wie vor grosse Not. Die Lebensbedingungen dort sind für uns unvorstellbar bescheiden. Das Land ist sehr arm. Wir sind für die eingegangenen Patenschaften von Herzen dankbar und möchten diese Aktion aufrecht halten und weiter ausbauen. Wer hilft uns?

Liechtensteinisches Rotes Kreuz

sogar auf 1,5 Milliarden, ausgegeben. Im ersten Quartal 1966 erreichte die Emissionswelle bereits den Rekordbetrag von 400 Millionen Dollar. Während davon aber im ganzen Jahr 1965 «nur» 350 Millionen amerikanischen Gesellschaften zugute kamen, waren es allein in den drei ersten Monaten des laufenden Jahres 250 Millionen. Für die restlichen neun Monate wird mit einer weiteren amerikanischen Beanspruchung von 500 bis 700 Millionen Dollar gerechnet. Ob sie sich realisieren lässt, steht freilich dahin. Diese wenigen Ziffern zeugen von einer Ueberlastung, die in allererster Linie auf Emissionen zurückzuführen ist, mit denen amerikanische Konzerne, vorwiegend eingekleidet in luxemburgische Holdingmantele, einen grossen Teil ihrer überseeischen Expansionsfinanzieren. Für kontinentale Ansprüche bleibt in diesem Rahmen nicht viel übrig.

Mit der wachsenden Marktanspannung und der damit verbundenen Liquiditätsverengung haben die Schwierigkeiten der Emittenten zugenommen und sie gezwungen, ihre Anleiheerwartungen zurückzustecken. Es begann mit der Heraussetzung der ursprünglich gebotenen Zinssätze, setzte sich mit einer Reduktion der Ausgabepreise und Anleihebeiträge fort und endete vorläufig mit der Suspendierung angekündigter Wandelanleihen. Selbst optisch attraktive Konversionsanreize ziehen nicht mehr. Die Chance weiter steigender Renditen — sie beträgt gegenwärtig etwa 7 Prozent für Euro-Emissionen — hat eine ganze Reihe noch vorhandener potentieller Anleger zur Zurückhaltung bewogen. Infolgedessen sind mehrere europäische Banken auf Konsortialpapieren «sitzen» geblieben. Neben den skizzierten Ursachen haben allerdings auch gewisse Restriktionsmassnahmen von Noteninstituten, übersetzte Anforderungen der öffentlichen Hände, die Tätigkeit amerikanischer Investmenttrusts und Vertriebs-

Freie Walser

Pfingstgespräch in Saas-Fee

Freie Walser! Diese Bezeichnung dürfte unseren Lesern ein Begriff sein, siedelten sich doch einst in den Hochtälern Graubündens und anderswo in Gebirgstälern aus dem Wallis ausgewanderte Bergbauern an, die niemandens Untertan waren und über ihren verbrieften Freiheitsrechten wachten. Solche Walser gab es auch im Calfeisental, und auch das Weissantental ist heute noch von Nachkommen der freien Walser besiedelt. Ueber Pfingsten fanden in Saas-Fee Walsersgespräche statt. Nicht nur Vertreter und Vertreterinnen aus den Walser-Kolonien der Schweiz, sondern auch solche aus dem Fürstentum Liechtenstein, aus Oesterreich und Italien fanden sich auf Eijnladung von Tita von Oetinger zu den denkwürdigen Tagungen ein, die von Dr. Fritz Gysling aus Zürich vorbildlich geleitet wurden. Nach der Behandlung der Traktanden, die sehr wertvolle Gedanken in positivem Sinne zeitigten, wurden Referate gehalten von Dr. Josef Bieler, Brig, Dr. Fritz Gysling, Zürich, Dr. Simonett, Zillis, J. Kuratli, Azmoos. An Stelle von Dr. Arnold Niederer, Zürich, der nicht abkömmlich war, referierte Professor Dr. Karl Ilg, Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck. Der Vortrag von Dr. F.S. Nohara, Oberwil (BL), der ebenfalls nicht abkömmlich war, wurde vorgelesen. Bei den gehaltenen Referaten handelte es sich um hochinteressante Vorträge, die ausschliesslich die Walser, das Walserrecht, die Walsersforschung usw. betrafen. Im Gemeindefaal von Saas-Fee hielt HH. Pfarrer Engelbert Bucher, Triesenberg, einen sehr eindrucksvollen Lichtbildvortrag über die von zahlreichen Sagen und Legenden umwobene Gestalt des heiligen Theodul, der als Schutzpatron der Walser angesprochen wurde. Grossrat Hubert Bumann, Gemeindepräsident und Kurveinspräsident von Saas-Fee, begrüßte die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagungen im Namen des Kurortes und der gesamten Bevölkerung. Die Teilnehmer waren alle nicht nur begeistert von der einzigartigen Gastfreundschaft der Frau Tita von Oetinger und dem freundlichen Empfang seitens der Behörden und der Bevölkerung, sondern auch von der Grosartigkeit der Walliser Hochgebirgswelt.

Unsere Geschichtsforschung vor neuen Problemen

Mitten aus seiner Arbeit und aus seinen Plänen ist Herr Dr. David Beck aus dem Leben geschieden, und wir werden uns erst allmählich bewusst, wie gross die Lücke ist, die er hinterlässt, hat der Dahingegangene doch nicht nur das Museum des Historischen Vereins muster-gültig betreut, sondern auch die Ausgrabungen geleitet, wissenschaftlich ausgewertet und zudem das Jahrbuch des Vereins redigiert.

Mit seinen bisher erschienenen 64 Bänden ist dieses Jahrbuch schon eine kleine Fachbibliothek und sicher der wertvollste Niederschlag kultureller Bemühungen, den wir in unserem Lande besitzen. Es wird eine Ehrenpflicht des Vereins sein, diese Publikation im Geiste von Herrn David Beck und seiner Vorgänger weiterzuführen, aber dazu braucht er uneigennützig Mitarbeiter und die Wahl von Arbeitsgebietsen.

Herrn Beck war es immer gelungen, solche Mitarbeiter zu finden durch seine Beziehungen teilweise auch aus dem Auslande, und für seine prähistorischen Forschungen hat er besonders in der Person von Herrn Dr. h. c. Benedikt Frei einen Fachmann gewonnen, der alle Ausgrabungen jeweils besucht und an einzelnen direkt

mitgearbeitet hat. Wir wissen, dass Grabungen beim Lutzengütel, bei Planken und vielleicht auch auf Gutenberg geplant waren, aber es wird wohl eine Pause eintreten müssen, bevor Groses in Angriff genommen wird, und zwar so lange, bis ein Liechtensteiner die nötigen Erfahrungen gesammelt und die Ausbildung erworben hat, die es ihm ermöglicht, die Verantwortung für die fachgemässe Durchführung einer solchen Untersuchung zu übernehmen.

Der Stoff für geschichtliche Forschungen im Gebiete unserer Heimat ist noch lange nicht erschöpft. Es soll hier versucht werden, einige Möglichkeiten aufzuzeigen.

Ein Sachgebiet, das verhältnismässig wenig bearbeitet wurde, ist das der Volkskunde. Das religiöse Brauchtum vergangener Zeiten wäre bestimmt einer eingehenden Untersuchung wert. Pfarrbücher und Chroniken, Schriftstücke im Landesarchiv und einzelne mündliche Ueberlieferungen wären die Quellen zu solchen Forschungen, die zum Beispiel für einen Geistlichen ein interessantes Feld der Arbeit geben könnten. Eine Arbeit in sprachlicher Richtung wäre eine systematische Darlegung unserer Dialekte, zu der durch viele Mundartaufnahmen

auf Tonband schon manche Vorarbeit geleistet ist. Sprüche aus dem Volke, Aeusserungen des Aberglaubens oder eine Untersuchung über Bräuche und Feste vergangener Zeiten wären weitere Themen.

Eigenartigerweise fehlen rechtsgeschichtliche Betrachtungen in unseren Jahrbüchern sozusagen ganz, und gerade auf diesem Gebiet verfügen wir im Landesarchiv über reiche Bestände, besonders in den Verhörprotokollen, die bis in das Jahr 1639 zurückreichen und die auch manchen kulturgeschichtlichen Einblick gewähren — für einen Juristen eine höchst dankbare Aufgabe!

Immer wieder zeigt sich, dass in ausländischen Archiven noch Urkunden zu entdecken sind, die sich auf unser Land beziehen. Zwar ist die Arbeit des Suchens mühevoll, aber gerade darum um so spannender und für manche Erhellung der Vergangenheit fruchtbringend.

Möge es dem Historischen Verein gelingen, einheimische Mitarbeiter zu finden, die im Geiste von Herrn Dr. David Beck arbeiten und dazu beitragen, dass das Jahrbuch des Historischen Vereins weiterhin ein liechtensteinisches Jahrbuch bleibt.